



Fotos: Knut Henkel (links), Kunstsammlungen Chemnitz (rechts)

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 1. April 2014

69. Jahrgang/Nr. 77

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Warner und Bremser

Kurt Stenger über die Fortsetzung des Weltklimaberichts

Mit zunehmender Erderwärmung wird die Welt eine andere sein. Orkane und Sturmfluten, aber auch Wasserknappheit und Dürren werden in vielen Regionen zunehmen. Angesichts dessen hat der Weltklimarat IPCC zwei Kernbotschaften für die politischen Entscheidungsträger: Sie müssen alles dafür tun, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, damit die Klimawandelfolgen nicht ganz furchtbar werden. Und sie müssen schon jetzt Anpassungsmaßnahmen ergreifen, denn der Klimawandel ist längst Realität.

Beides ist ein alter Hut. Angesichts der bisher geringen Anstrengungen sind die Warnungen nötiger denn je. Das gilt auch für Deutschland: Das Gerangel um das weitere Abbremsen der ohnehin mangelhaften Energiewende wirkt angesichts der Herausforderungen wie eine Provinzposse. Und statt weitere fossile Ressourcen etwa durch die umstrittene Fracking-Technologie aus dem Boden zu holen, sollte überlegt werden, wie Energieeinsparung dies überflüssig macht.

Womöglich aber – auch das gibt der IPCC-Bericht her – hofft die Politik vielerorts darauf, dass sich die Klimawandelfolgen schon irgendwie »managen« lassen. Aber nur, wenn man das Geld für Anpassungsmaßnahmen hat. Auch aus diesem Grund wird die Erwärmung die armen Regionen und dort die ärmsten Schichten am härtesten treffen. Der IPCC-Bericht ist eigentlich ein Plädoyer für Nord-Süd-Solidarität – doch er könnte das Gegenteil bewirken. Was die Wissenschaft weiß, macht die Politik noch lange nicht heiß.

UNTEN LINKS

Wer **Millionäre** für faule Zeitgenossen hält, die auf ihren Yachten Dom Perignon schlürfen, irrt. Sie sind süchtig nach politischer Arbeit und wollen dem Gemeinwesen dienen. Nicht nur in der Ukraine oder in Russland ist das eine schöne Tradition, im US-Senat sitzen sie zu Hunderten, in der britischen Regierung haben sie die Mehrheit, im chinesischen Parlament sind es schon 75. Dagegen wirken die paar reichen Hanseln in der französischen, spanischen oder kosovarischen Politik geradezu lächerlich. Ganz zu schweigen vom Berliner Senat. In dem vertritt sich einer der wenigen Kuponschneider die Langeweile im Finanzressort, ohne dass die hoch qualifizierte Amtsführung ihre Spuren in der Stadt hinterläßt. Unauffälliger hätte es auch ein Nichtmillionär oder Kontoüberzieher nicht machen können. In der Slowakei, wo ein Wucherzinsprofiteur Präsident wird, steckt die Millionärsbeschäftigung ganz und gar in der Praktikantenphase. Hier soll der Millionär nicht mal Gehalt bekommen. *ott*

Krim-Krise fördert Fracking

Schiefergas soll mehr Energieunabhängigkeit bringen / Hendricks weiter dagegen



Halb voll oder halb leer? Anti-Fracking-Protest-Utensil der schleswig-holsteinischen Grünen

Foto: dpa/Maja Hiltj

Berlin. Der Ukraine-Konflikt hat eine Debatte um Energieunabhängigkeit entfacht – und den Streit über die Erdgasförderung durch das sogenannte Fracking in Deutschland gleich mitbelebt. Politiker wie CSU-Vize Peter Ramsauer haben sich für die Option Schiefergas ausgesprochen – wegen möglicher Folgen der Sanktionen gegen Russland. Von dort stammt ein beträchtlicher Teil des importierten Erdgases; bisher freilich hielt Moskau selbst zu Zeiten des Kalten Kriegs seine Verträge ein. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel glaubt ohnehin nicht, dass Fracking helfen könnte, sich kurzfristig unabhängiger zu machen – hat sich aber

mit dem Hinweis auf möglicherweise künftig weniger umweltschädliche Fracking-Verfahren ein Hintertürchen geöffnet. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, eine SPD-Parteifreundin von Gabriel, sagte am Montag: Sie lehne Fracking zur Förderung von Erdgas trotz der Spannungen mit Russland weiter ab, und zwar so lange, wie dafür »toxische Materialien« in den Boden eingebracht werden müssten, also Gifte. Hendricks hat den Koalitionsvertrag auf ihrer Seite, in dem es heißt, Fracking sei »eine Technologie mit erheblichem Risikopotenzial«, man wisse zu wenig über die Folgen für Trinkwasser und Gesundheit.

Dass jetzt eine Firmengruppe um den russischen Oligarchen Michail Fridman die RWE-Gasfördertochter Dea für rund 5,1 Milliarden Euro kaufte, wurde hierzulande gerade auch mit Blick auf die Fracking-Debatte aufmerksam verfolgt. Umweltgruppen und Experten warnen schon seit langem vor den Folgen von Fracking – nicht nur in Deutschland, wo die Methode seit den 1960er Jahren zur Anwendung kommt. Proteste gegen die Förderung von Schiefergas gibt es etwa auch in den USA – oder in Rumänien. Dort setzt die Regierung auf die umstrittene Methode. Und stößt auf den Widerstand von Anwohnern. *tos* Seite 3

Türkei bleibt »Tayyip-Land«

Erdogans Gegner enttäuscht: AKP gewinnt Kommunalwahlen

Istanbul. Nach der Wahl ist vor der Wahl – kein Politiker in der Türkei hat dieses Prinzip so verinnerlicht wie Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Die Wahllokale waren nach der Kommunalwahl vom Sonntag erst wenige Stunden geschlossen, da kündigte er bereits eine gründliche Analyse der Lage seiner Regierungspartei an. Trotz Korruptionswürfen gegen seine Regierung, Säuberungen in Justiz und Polizei und Internetsperren kam die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) landesweit auf mehr als 45,5 Prozent, gut 6 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Trotzdem wollte Erdogan wissen: »Warum haben wir nicht 55 oder 60 Prozent erreicht?« Denn die nächste Wahl findet bereits im August statt. Möglicherweise wird Erdogan, den frischen Wahlerfolg vom Sonntag im Rücken, bei der dann fälligen Präsidentschaftswahl selbst als Kandidat in den Ring steigen.

Die islamisch-konservative AKP behauptete am Sonntag auch die Bürgermeisterämter in den größten Städten Istanbul und Ankara, in denen starke Herausforderer aus den Reihen der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP) angetreten waren. Zudem erklärte sich die AKP zum Sieger in der bisher von einem CHP-Bürgermeister regierten Touristenhochburg Antalya. Die CHP kam landesweit nur auf knapp 28 Prozent der Stimmen. In den überwiegend von Kurden bewohnten Städten im Osten der Türkei wurde erneut die prokurdische Partei des Friedens und der Demokratie (BDP) stärkste Kraft.

In »Tayyip-Land«, wie die Zeitung »Taraf« die Türkei nennt, scheint der Widerstandgeist vieler Erdogan-Gegner, die im vergangenen Jahr im Istanbuler Gezi-Park auf die Barrikaden gingen, erlahmt zu sein. So fragte der Musiker Güney Yüksel am Montag enttäuscht auf Twitter: »Wo ist der Geist von Gezi?« *Agenturen/nd* Seiten 2 und 4

Regierung Ayrault zurückgetreten

Frankreich: Schwere Schlappe für Hollande bei Kommunalwahlen

Paris. Nach der Wahlschlappe der sozialdemokratischen Parti Socialiste (PS) in Frankreich sind Premierminister Jean-Marc Ayrault und seine gesamte Regierung zurückgetreten. Aus übereinstimmenden Quellen verlautete, dass Staatspräsident Francois Hollande seinen populären bisherigen Innenminister Manuel Valls zum neuen Regierungschef ernennen wolle. Während Hollande zwar aus dem Debakel »Lehren ziehen«, aber dennoch »Kurs halten« will, forderten sozialistische Parteilinke und Grüne eine Politikwende.

Nach der zweiten Runde der Kommunalwahlen in Frankreich geriet die seit knapp zwei Jahren regierende PS von Präsident Hollande weiter unter Druck. Die Konservativen um die UMP verbuchten beim Wahlgang am Sonntag viele Siege, auch die rechtsradikale Front National (FN) eroberte weitere Rathäuser. Für die Kandidaten linker Wahllisten blieben nur Achtungserfolge vor allem in größeren Städten – so bekommt Paris mit der PS-Politikerin Anne Hidalgo erstmals eine Bürgermeisterin.

Nach dem vorläufigen Ergebnis des Innenministeriums erzielte die UMP landesweit 45,9 Prozent. PS und Kommunisten (PCF) landeten bei 40,6 Prozent. Die Front National, die nur in ausgesuchten Städten antrat, konnte mit 6,8 Prozent im zweiten Wahlgang erneut zulegen. Die Wahlbeteiligung lag mit 63,7 Prozent in der Nähe eines neuen Negativrekords.

Von der FN unterstützte Kandidaten konnten laut Innenministerium elf Rathäuser in Städten mit mehr als 9000 Einwohnern erobern. Parteichefin Marine Le Pen sagte, die FN würde landesweit 1200 bis 1300 Stadt- und Gemeinderäte stellen. Sie sei nun die »dritte große politische Kraft« Frankreichs. *Agenturen/nd* Seite 8

Der Klimawandel destabilisiert die Welt

IPCC-Bericht: Nahrungsmittelknappheit, Krankheiten und Massenmigration werden die Folgen sein

Die Erderwärmung wird sich nach Ansicht der UNO-Klimawissenschaftler auf alle Kontinente auswirken und Konflikte verschärfen. Eine Eindämmung ist möglich, aber wohl sehr teuer.

Von Susanne Steffen, Tokio

Der Weltklimarat IPCC hat am Montag im japanischen Yokohama das zweite Kapitel des neuen Sachstandsberichts zum Klimawandel veröffentlicht. Bei einer Pressekonferenz fand der IPCC-Vorsitzende Rajendra Pachauri deutliche Worte: »Es gibt niemanden auf dieser Welt, der vom Klimawandel unbeeinflusst bleibt. Wenn wir nicht gegensteuern, werden die Auswirkungen der Erderwärmung immer schlimmer.«

Die IPCC-Wissenschaftler bezeichnen das vorgestellte Dokument als die bislang umfassendste Einschätzung der weltweiten Folgen des Klimawandels. In dem

neuen Bericht der UNO werden Dutzende wissenschaftliche Studien ausgewertet. Im ersten Teil, der im vergangenen Herbst veröffentlicht wurde, hatte der IPCC festgestellt, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von über 95 Prozent der Mensch für den Klimawandel verantwortlich ist.

Bereits eine Erwärmung um zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit – in einigen Szenarien gehen Experten von plus vier Grad bis zum Jahr 2100 aus – werde große Auswirkungen auf die weltweiten Ernten und Wasservorräte haben, so die Forscher. Der Anstieg des Meeresspiegels und Überschwemmungen werden zu Massenmigrationen führen. Wetterextreme bedrohen die Infrastruktur in Städten, und vielerorts werden Hitzeperioden zu Todesfällen und Krankheiten führen, so die Prognose. Spätestens ab 2050 würden geringere Ernten die Lebensmittelsicherheit in vielen Regionen be-

drohen – auch, weil die globale Nahrungsmittelnachfrage angesichts wachsender Weltbevölkerung weiter zunehmen werde. Die globale Wirtschaftsleistung wer-

»Es gibt niemanden auf dieser Welt, der vom Klimawandel unbeeinflusst bleibt.«

Rajendra Pachauri, Weltklimarat

de um 0,2 bis 2 Prozent schrumpfen, schätzen die UNO-Experten.

Zum ersten Mal konstatiert der Klimarat einen Zusammenhang zwischen Erderwärmung und internationalen Konflikten. Die knappen werdenden Ressourcen trügen dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Es gebe »deutliche Beweise« dafür, dass die menschliche Sicherheit im Zuge des Kli-

